

Auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 20. September 2018 in Hamburg gab für die Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft die Vorsitzende Annemarie Böse folgende Stellungnahme ab. Sie nahm darin Bezug auf das Statement des Verwaltungsratsvorsitzenden Dieter Schröder und den Bericht des Vorstandes.

Annemarie Böse – Vorsitzende der Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft

„Wie jedes Mal ist bereits vieles gesagt - und wird von mir deshalb nicht wiederholt – mit einer Ausnahme: das Projekt, das vielen im DAK-Haus und darüber hinaus eine Menge Nerven gekostet und Sorgen bereitet hat, ist mit Erfolg abgeschlossen worden. Die DAKISS Umstellung hat planmäßig geklappt. Und dafür darf ich für unsere Fraktion, der BfA DRV-Gemeinschaft, allen DAK-Beschäftigten und allen Beteiligten unseren herzlichen Dank und unseren herzlichen Glückwunsch aussprechen.

Die Nachricht des Tages ist die jetzt vorgestellte Gesundheits-App Vivy. Mit ihr sollen Patienten ihre Gesundheitsdaten selbst verwalten können. Das ist sicherlich in erster Linie ein Fortschritt, weil Doppel-Untersuchungen vermieden und somit den Krankenkassen und Patienten 'ne Menge Geld gespart werden kann. Außerdem gefällt mir diese Aussicht, weil ich nicht immer weiß, ob die Ärzte sich daran erinnern, was sie bei der letzten Untersuchung gesagt oder verschrieben haben. Und bei einer schwerwiegenden Krankheit hätte ich als Patientin eine deutlich bessere Kontrolle. Aber Vivy muss mit einer hohen Verantwortung für Daten-Sicherheit benutzt werden. Denn gehackte Digital-Akten wären ein Alptraum – und für die großen IT-Unternehmen ein traumhaftes neues Geschäfts-Modell. - Diese Datensicherheit muss also immer an erster Stelle stehen, denn sollte einmal ein Hacker-Überfall publik werden, ist das Vertrauen in die digitale Patienten-Akte grundsätzlich zerstört.

Kurz zu den Plänen des Gesundheits-Ministeriums für eine bessere Pflege und für bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte (Pflege-Personal-Stärkungsgesetz): In den ‚Nachrichten Gesundheitspolitik Nr. 26‘ des vdek steht der Satz, dass sich ‚80 Prozent der Pflegerinnen und Pfleger in der Arbeit gehetzt fühlen.‘ Ich bin seit einigen Wochen regelmäßig auf einer Pflegestation und ich sage Ihnen: die Pflegekräfte sind gehetzt. Das ist kein normales Arbeiten, sondern eine Zumutung. Letztlich somit natürlich auch für die zu Pflegenden. Und das sehe ich in einem Haus, das sich an den Tarifvertrag hält. Im Pflegebereich müssen die Arbeitsbedingungen gravierend verbessert werden. Das muss uns allen ein Anliegen sein.

Der abwägende und kritische Blick auf die Neuregelung für Organspenden ist bereits angesprochen worden. Hier schließe ich mich der Darstellung von Frau Klemens an.

Und: Jetzt forderte die Kassenärztliche Bundesvereinigung – genauer gesagt deren Vorsitzender Herr Gassen – Mitte Juli eine Gebühr von Patienten, die – Zitat – ‚missbräuchlich‘ die Notaufnahme aufsuchten. Ich hoffe, dass das nur ein Sommerloch-Thema war. Denn wenn Patienten, also Leute, die sich krank fühlen, sich in eine Notfall-Praxis begeben, gibt es Gründe: Entweder fühlen sie sich akut krank, oder sie können aus beruflichen Gründen nicht am nächsten Arbeits-Morgen zum Arzt gehen, weil ein Arztbesuch in der freien Wirtschaft kaum noch vorgesehen ist. Dann ist der Besuch in einer Notaufnahme immer noch nicht missbräuchlich, sagen wir von der Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft.

Apropos Sommerloch: die verschmutzten Valsartan-haltigen Arzneimittel waren im Juni / Juli zurückgerufen worden, weil sie hochgradig krebserregend sein sollten. Dieser Gefahren-Hinweis ist kürzlich zurückgenommen worden mit dem Hinweis: alles halb so schlimm. Vielleicht kann uns der Vorstand dazu Infos geben.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Rechte von Rentnern mit eigenständig bezahlter Direktversicherung gestärkt, so konnten wir es in vielen Zeitungen lesen. Wir behalten das Thema im Blick, denn offensichtlich scheinen weder Politiker noch Medien in der Lage zu sein, eine klare erste Urteils-Bewertung abgeben zu können. Dafür scheinen die Begrifflichkeiten ‚Betriebsrenten‘ bzw. von Arbeitnehmern abgeschlossene ‚Direkt-Versicherungen‘ nicht immer sauber getrennt zu werden. Wir üben uns noch bis November in Geduld. Zumal SPD und FDP sowie die Wirtschaftspolitiker der CDU sich für die Korrektur des ‚Gesetzes zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung‘ (GMG) von 2004 einsetzen wollen mit der Forderung, die Beitragssätze zu halbieren – bzw. die FDP will die Beitragspflicht wieder abschaffen. Abwarten, was aus diesen vollmundigen Versprechen wird.“